

Hauptauschuss

(Fortsetzung von Seite 1)

Über die Lausagen haben sich als bisher erstehen, und es kam die notwendige Friedensoffensive

und die Friedensnote Österreich-Ungarns. Dadurch wurde der Eindruck eines Zwiespalt zwischen den Verbündeten hervorgerufen, in dem der Gegner nun eintrifft. Ein merkwürdiger Parallelismus überlagert zwischen diesem Vorgang und dem Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien im Jahre 1914. Die Reichsregierung bekennt sich zur Friedensentscheidung des Reichstages. Der Kriegsminister aber gibt einen Erfolg herab, der wie ein Faustschlag in das Gesicht der Reichsregierung wirken mag. Einmal steht es begrifflich der belgischen Frage. Die Angriffe der Jentur sind unbegreiflich. Was wird nicht alles verboten! Die Stimmung im Lande wird in geradezu tödlicher Weise verunsichert. Wie sollen wir, wie der Reichskanzler wünscht, die Stimmung im Lande bessern, wenn das Militär sie verknüpft. Und wie wirken diese Dinge auf die Stimmung an der Front! Unsere Militärs werden immer herrlicher, die Regierung aber immer schwächer.

Fort mit allen Nebenregierungen

Bei den Alldeutschen ist ein arger Kassenkammer eingetreten, aber auch in weiten anderen Kreisen der Bevölkerung und Beamtenkreise. Wir werden unser Verhältnis zur Regierung danach einschätzen, ob die Regierung versteht, ihre vernünftigen Absichten auch durchzuführen. Die Ausführungen des Reichskanzlers haben uns überrascht nach allem, was wir über die Vorgänge wissen, und wie Erbseger in seinem Buch dargestellt hat, kann von einer Schuld Belgiens nicht gesprochen werden. Wer für den Völkervertrag eintritt, muß auch den Willen haben, selbigen wieder gutzumachen. Das Militär hat schwere politische Fehler gemacht, und wir dürfen die Dinge nicht so weiter treiben lassen. Was diese Fehler bedingt, wird unsere Unterstützung finden.

General von Wrisberg

Der Erlaß des Kriegsministers richtet sich nicht gegen die Entschliessung des Reichstages vom 19. Juli 1917. Dem Kriegsminister war bekannt geworden, daß die Verammlung der Zentralstelle für Völkervertrag über den Rahmen jener Entschliessung hinausgehen sollte. Daher die Anweisungen an die Generalkommandos. Die Kriegsministerielle Verfügung hinsichtlich der Behandlung der Wehrrechtsfrage ist längst zurückgezogen, vielleicht haben Mißverständnisse vorgelegen.

Abg. Fischbeck (Fortfchr. Vpt.)

Die Lage ist ernst, aber wir haben auch nach unserer Auffassung keinen Grund, klammern zu sein. Eine ganze Reihe von Umständen haben die Stimmung herabgedrückt. Selbstverständlich müssen wir die Paranoie unterlassen. Wir hoffen, daß die militärische Lage sich auch wieder verbessert. Hoffstoffe sind vorhanden, die Erste ist besser und wir haben die Möglichkeit durchzuführen. Die politische Leitung muß aber alles tun, um die Kraft im Innern zu stärken. Obenau muß der Saß stehen, daß wir einen

reinen Verteidigungskrieg

führen. Dieser Gedanke ist getrübt worden nicht nur durch die Alldeutschen, sondern auch durch die Stellen, die die Macht besitzen, denn planmäßig ist dieser Gedanke in sein Gegenteil verkehrt und verfallen worden. Unsere Lage ist, daß der Reichskanzler sich diesen Treibereien gegenüber nicht hat durchsetzen können. Aber die Kraft hat gefehlt. Der Reichskanzler hat versprochen, die Handhabung des Gesetzes über den Belagerungszustand zu mildern, und es sind Erlasse ergangen. Aber es wurde nicht besser, sondern schlimmer. Die Militärs wollen eben nicht und machen es auch nach Kopf. Wir haben nichts anderes erwartet. Ohne eine Veränderung des Belagerungszustandes geht es nicht. Es muß Wandel geschaffen werden. Neben genügen nicht mehr, wir müssen Leben leben. Für und mit dem Volk zu arbeiten ist unmöglich, solange die Wand des Belagerungszustandes besteht. Man redet von psychologischen Wirkungen. Aber niemand sündigt gegen die Seele des Volkes so wie die Wehrmacht. Die

Wahrheitsparole

hat den Zweck, das Vertrauen des Volkes zu befeuern. Die Militärs aber verhindern, daß dieses Vertrauen ausbleibe. Zweifel über Zweifel entflammen, ob es der Regierung auch ernst damit ist. Die Entladung der Erregung in einem Wahlschloß ist nicht so gefährlich, wie die Sammlung von Groll und Verstimmung, die unabweislich sind. (Die Sitzung dauert fort.)

Die Beurteilung der „Parlamentarisierung“

Genf, 25. September. (Drachbericht.) Die regierungsfremden Pariser Organe scheinen zu bekräftigen, daß eine Forderung in der inneren Politik Deutschlands in mehr demokratischem Sinne in Frankreich günstig wirkt und die Stellung der Friedensstrebenden stärken könnte. Sie suchen dem schon vorzubedenken, indem sie die ganze Bewegung als Heuchelei darzustellen suchen. So schreibt „Journal“: Die Völkerverträge sind durchaus sühlig, bei sich eine Art demokratisches Regimes zu stabilisieren. Ebenso schreibt „Journal des Debats“: Man spricht aus schon von einer Parlamentarisierung der deutschen Regierung. Die Herren Scheidemann, Ebert & Co. werden Ministerportefeuilles von Hindenburg ausgehändigt erhalten, der hinter dem sozialdemokratischen Gebilde seine neue Offensive vorbereiten wird.

Die Wünsche der österreichischen Ukrainer

Wien, 25. September. (Eig. Drachbericht.) Nach einer Lemberger Meldung des ukrainischen Telegrammbüros vom 22. September im Volkshaufe zu Lemberg eine Kundgebung der Ukrainer (Ruffenen) statt, um gegen die ausserpolitische Lösung zu protestieren. Die Versammlung nahm eine Entschliessung an, Österreich solle die Abschlüsse des Vertrages von Brest Litzen und eine besondere ukrainische Provinz im Rahmen der Monarchie schaffen.

der Sozialdemokratie in das Kabinett Hertling grundsätzlich geneigt bleibt. Schreibt es weiter: Die Frage ist, ob die Auffassung, die gestern der Reichskanzler über die großen Probleme der neuen Weltordnung, auf der allein der Friede geschlossen werden zu können scheint, beibehalten, hinreichende Annäherungspunkte bietet. Versuche nach dieser Richtung zu machen. Schließlich scheint aber denn doch auch die „Germania“ dem gestrigen Tag nur als eine Etappe auf dem Wege zu endgültiger Lösung der Lage anzusehen, von der erst dann die Rede sein könnte, wenn die Stellungnahme der Parteien zum Reichskanzler und seinen Erklärungen sich übersehen ließe.

Die linksstehenden Organe sind vollends unfreundlich. Die „Vossische Zeitung“ urteilt: Herr von Hertling war nicht warm und nicht kalt, sondern lau. Das ist die Stunde wider den heiligen Geist der Stunde, wo ein ganzes Volk politisch wach ist und auf einen Führer hören will und nach Leitung und Weisung verlangt. Die Berliner „Vorzeitung“ erklärt: Aus der Kanzlerrede gewinnt man den Eindruck, als drachthältige Graf Hertling eine Verschlebung der Sachlage, um den eigentlichen Kern zu verhallen. Man muß, wenn man das wirklich Rührende aus der Rede Hertlings verstehen will, den weitaus größten Teil als nicht von der Sache gebend streichen. Der „Vorwärts“ schließlich sagt, nachdem er von neuem berichtet hat, das Mindestprogramm bleibe das Mindestprogramm, und in die gegenwärtige Regierung traten die Sozialdemokraten ein, seine Auffassung dahin zusammen: „Man kann ohne vorzugreifen sagen, daß sich durch die gestrige Rede die Kluft zwischen den Sozialdemokraten und der Regierung nur noch vergrößert hat.“

Ungarn und die Südslawen

Budapest, 25. September. (Eig. Drachbericht.) Die ungarische Korrespondenz meldet: In einem Interview mit dem Chefredakteur des „Magyar Hirlo“ hat sich Ministerpräsident Dr. Wekerle über die südslawische Frage folgendermaßen geäußert: Die südslawische Frage ist nicht von uns aufgeworfen worden, vielmehr ist sie durch die systematische Verhöhnung aktuell geworden, welche auf eine Veränderung der heutigen staatsrechtlichen Verfassung hinausgeht. Uns gegenüber eine künftige Einheit zu schaffen, das kann das Bestreben anderer sein, aber nicht das unsere. Es gibt auch keinen Ungarn von Bedeutung, der in dieser Hinsicht anderer Meinung wäre. Die historischen Rechte Ungarns sind auch bei der Annexion Bosniens und der Herzegowina anerkannt worden. Diesen ungarischen Standpunkt wollen wir auch weiterhin aufrecht und halten an, anferm im Gesehe zugrundeliegenden Rechte fest. Andererseits muß in Betracht gezogen werden, daß auch Österreich in dieser Frage nichts zu sprechen hat, und daß der bestehende Zustand nur im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden kann.

Wien, 25. September. (Eig. Drachbericht.) In den Vorbereitungen der österreichischen parlamentarischen Herbsttagung drängt die bosnische Frage alle anderen in den Hintergrund. Die Meinung, daß zwischen der österreichischen und ungarischen Regierung über die Angliederung Bosniens und der Herzegowina verhandelt wird, hat alle österreichischen Parteien alarmiert, und sie haben die Absicht, sofort bei Eröffnung der Tagung einen Dringlichkeitsantrag gegen eine Abtretung dieser Provinzen an Ungarn einzubringen. Für Montag ist die Öbmannerskonferenz einberufen. In den letzten Tagen dürfte bereits die Beratung der Parteiführer zum Vizepräsidenten erfolgen. Bei dieser Gelegenheit werden die Parteiführer den Ministerpräsidenten über den Stand der südslawischen Frage und die Verhandlungen mit Ungarn interpellieren.

Der französisch-deutsche Gefangenenaustausch

Berlin, 25. September. (Drachbericht.) Die französische Regierung hatte, wie erinnerlich, den in Bern vereinbarten großen Austausch Kriegsgefangener und Zivilinternierten militärisch eingestell, als erst wenige Auslieferungslisten in Deutschland eingetroffen waren. Im Interesse der schwergeprüften deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und deren Angehörigen wurden von der deutschen Regierung alle Schritte unternommen, um die baldige Wiedereröffnung des Austausches durchzuführen. Dies Ziel ist erfolgreich erreicht worden. Ein Austausch mit Zivilgefangenen aus Frankreich ist am 26. September an der deutschen Grenze eingetroffen. Vom 28. September an sollen wieder von deutscher und französischer Seite wöchentlich je zwei Züge mit Kriegsgefangenen abgefahren werden. Es ist zu hoffen, daß in Zukunft erneute Störungen des soeben reichlichen Lebensverkehrs nicht vorkommen, und daß auch der Austausch der Zivilinternierten baldigst wieder aufgenommen werden wird.

Die Aufnahme der amerikanischen Note in Holland

Haag, 25. September. (Drachbericht.) Unseres Sonderberichterstatters.) Die holländische Presse befaßt sich heute eingehend mit der Note der Vereinigten Staaten an Holland, welche, wie der „Nieuwe Rotterdam Courant“ schreibt, das Vorstiel neuer Forderungen auf politischem Gebiete scheint. Holland habe einmal mit dem Faktum zu rechnen, daß als Folge der amerikanischen Beschlagnahme holländischer Schiffe die deutsche Regierung ihre Positionen verändere und damit die Kontrolle der Ausfahrt der in holländischen Häfen liegenden Schiffe unter der Deutscher in die Hände nahm, daß sie keine weiteren neutralen Schiffe in feindliche Hände geraten ließe. Die Vertiefung in der Beurteilung des durch beide Kriegführenden eingetragenen Standpunktes sei unendlich. Die Wälder sprechen die Erwartung aus, daß das neue Kabinett mit der Praxis des bisherigen beschaffen und die zurzeit begonnenen gewichtigen Verhandlungen zwischen Holland und Amerika nicht dem Volke verborgen bleibe, da es in diesen schwierigen Tagen das Vertrauen der gesamten Nation nicht entbehren könne.

* Hundert Millionen Kriegsanleihe. Wie wir hören, hat die Reichsregierung den Antrag für Anleihe für neunten Kriegsanleihe 100 Millionen Mark genehmigt. Damit erhöht sich der Rest der Anleihe an Kriegsanleihe auf 600 Millionen Mark.

Es wirkte reichlich grotesk, als sich fünf Minuten später mit dem glücklichen Kompositen, dem Spielleiter Direktor Georg Hartmann und den Kollegen Kreuziger und Schreyer Hand in Hand lebenswichtig lächelnd vor dem weissen klaffenden Publikum bewegten. Und grotesk sind auch die Formen, die der Personalkat in Deutschen Opernhaus mehr und mehr annimmt. Jeder schreibt den Namen seines Favoriten wild erregt auf die Bühne hinaus, und wenn der eiserne Vorhang diesem reizvollen Gesellschaftsspiel nicht schließlich ein Ziel gesetzt hätte, so würden sie jetzt noch fortgehen. E. B.

Städtische Theater. Sonnabend, den 23. September, gelangt im Neuen Theater Richard Wagner's „Walküre“ zur Aufführung. Die Partie der Brunnhilde singt Emma Strenge vom Hoftheater in Weimar als dritte Gastrolle auf Anstellung. — Sonntag, den 24. September wird im Neuen Theater in neuer Einstudierung Vorhänge „Waldschänke“ aufgeführt. Die Hauptrollen sind besetzt wie folgt: Erwin: Frieda Schreiber (zum ersten Male), Baronin: Elise Hansen-Schultheiß, Gretchen: Elise Schulz-Dornburg (zum ersten Male), Graf: Stefan Kapoff, Barulak: Oskar Lehner (zum ersten Male), Baron: Eugen Albert, Ranneke: Paula Engert (zum ersten Male), Dankratius: Emil Herxling. Inszeniert ist das Werk von Karl Schäfer. Die musikalische Leitung liegt in den Händen von Alfred Gjendrei.

Die Wiederherstellung des Leipziger kirchenhistorischen Lehrstuhles. Prof. Dr. theol. et phil. Hans Hellis in Bonn hat einen Ruf an die Universität Leipzig als Nachfolger Albert Haucks erhalten und angenommen. Prof. Hellis ist 1865 zu Haffeld bei Bremen geboren. 1888 erwarb er in Marburg die philosophische Doktorwürde, unternahm 1890/91 als Stipendiat des Deutschen Archäologischen Instituts Reisen in Italien und Palästina, promovierte 1893 in Göttingen zum Dr. theol. und habilitierte sich ebenda für Kirchengeschichte und christliche Archäologie. Im Jahre 1897 erhielt Hellis das Prädikat Professor und städtische Hofkapellmeister 1901 als a. o. Professor für neuere Kirchengeschichte nach Königsberg i. Pr. über. Ostern 1907 übernahm er das Extraordinariat für Kirchen- und Dogmengeschichte, sowie für christliche Archäologie in Halle, als Nachfolger von Prof. G. Ficker, wurde 1914 zum Ordinarius befördert und folgte Michaelis 1916 einem Rufe nach

gegen die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung, also für die beiden Fragen, auf die sich die Erörterung der letzten Tage zugespitzt hatte. Sollte der Kanzler wirklich nicht wissen, daß er einen bestmöglichen Monolog gehalten hat, der den Sprecher von dem weitaus größten Teil seiner Zuhörer, von manchen von ihnen sicher zu ihrer peinlichen Lieberzeugung, isoliert? Wer so wenig auf die innere Einstellung der Hörer und Leser einzugehen weiß, kann sich nicht wundern, wenn der Anschlag ausbleibt.

Wenn dem Kanzler der Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung grundsätzlich annehmbar, ihre gestern veröffentlichten Bedingungen dagegen und auch die Aufhebung des Artikels 9 vielleicht unmöglich erschien, nun, so konnte nicht nur die Sozialdemokratie, sondern wirklich das ganze Volk verlangen, daß er sich über diese schwerwiegenden und die Öffentlichkeit bewegenden Fragen äußere. Mit Stillschweigen übergehen lassen sich derartige Dinge keinesfalls. Von einer Regierung, die für sich das Vertrauen des Volkes in ihre Führerfähigkeiten in Anspruch nimmt, muß man mindestens erwarten werden, daß sie in jedem Falle Farbe bekannet. Jede Antwort auf jene sozialdemokratischen Forderungen wäre besser gewesen als gar keine Antwort. Sollte der Kanzler bewagt die Sozialdemokratie als Bogenteile behandeln wollen, im Verfolge der Auffassung, die ihm in den letzten Tagen zugesprochen wurde und wonach ihn auch ein ausgeprochenes Mißtrauensvotum von dieser Seite nicht beirren würde, so müßte eine solche Politik verhängnisvoll werden, und er könnte sich klar sein, daß es sich dann höchstens noch um eine kurze Aufschub seiner unumkehrlich letzten Krise handeln könnte. Rame der für eine nahe Zukunft unabweisliche Eintritt der Sozialdemokraten in die Regierung jetzt noch nicht zustande, so würden nach allem, was man hört, die Sozialdemokraten selber keineswegs unfruchtbar sein; sie wären vielleicht froh, wenn sie vorläufig noch mit guter Manier und ohne mit der Regierung grundsätzlich brechen zu müssen, draussen bleiben könnten; aber natürlich: mit guter Manier! Mag man also der Auffassung sein, daß ihre Bedingungen zum Teil unannehmbar seien, daß namentlich ihre plötzliche Erfüllung unanständig sei, so darf man die Partei deshalb noch lange nicht in scharfe Opposition treiben. Das aber erscheint unabweislich, wenn Forderungen, die eine Partei von der Größe und Bedeutung der alten Sozialdemokratie öffentlich gestellt hat, vom Kanzler des Reiches in der Art, wie es gestern geschehen ist, einfach mit dem Scheine von Nichtachtung übergangen werden. Dieses Verhalten des Grafen Hertling bleibt rätselhaft, wenn man nicht ein Maß von Raslosigkeit annehmen will, das man ihm zuzutrauen bisher doch noch keinen Grund hatte. Es dünkt uns unerlässlich, daß der heutige Tag in dieser Hinsicht wenigstens Aufklärung bringe.

Berlin, 25. September. (Eig. Drachbericht.) Wie die „Ebd. Kor.“ erzählt, hat der Reichskanzler für Freitag und Sonnabend abends führende Parlamentarier zu sich in das Kanzlerpalais geladen. Man nimmt an, daß nach Abschluß der vertraulichen Aussprache im Hauptsaal der Reichskanzler nochmals das Wort ergreifen wird.

Der Wiederhall der Rede

Berlin, 25. September. (Drachbericht.) Unserer Berliner Schriftleitung.) Der Kanzler hat heute keine gute Presse. Selbst die rechtsstehenden Organe urteilen über ihn mit merklicher Äußerlichkeit. Diese Kanzlerrede ist dem Kern nach kaum etwas anderes, als eine Neuauflage der Forderung der Staatspartei Rede des Herrn von Pauer. — Die Berliner „Koschen Nachrichten“ meinen, daß sich beim besten Willen nicht behaupten ließe, daß die Rede eine Offenbarung gebracht oder eine neue Richtung bewiesen hätte. — Die „Post“ kann über die Rede Hertlings auch nur eine „gemilde Beugung“ empfinden. Die „Deutsche Tageszeitung“ hätte gemünzt, daß der Kanzler die augenblickliche militärische Lage, die im Vergleich zu früheren Tagen keineswegs pessimistisch sei, mit noch vielmehr Nachdruck hervorzuheben hätte. Die „Kölnische Rundschau“ aber resümiert: „Gewisse Leute wollen sich damit nicht bekehren lassen und haben für Sachlichkeit keine Ohren. Sie werden auch nicht durch die Diplomatie, sondern durch den Kampf überwinden. Ein Clemenceau wäre unter die Defaisten seiner Kammer mit einem Donnermetzler getreten und hätte zweifellos mehr erreicht als Graf Hertling.“ Selbst der „Koschenzeitung“ bemerkt: „Es kann kaum als sachdienlich bezeichnet werden, daß unsere leitenden Staatsmänner nur noch mit Mitteln zu arbeiten wissen, die bei dem gegenwärtigen Stand der inneren wie der äußeren Politik als verbraucht gelten müssen.“ Bei der bekannten Seelenverfassung des „L.“ sind diese Worte doppelt auffällig. Glaubt das Volk vielleicht zu wissen, daß schon ein anderer Herr vor der Tür steht?

Die „Germania“ dreht und windet sich. Sie schreibt: „Die Linke glaubt ihre Zeit für gekommen, durch positive Übernahme einer Ministerantwortung in der Regierung den Gang der Dinge im Innern wie nach außen völlig zu bringen. Ob und wie weit der Kanzler bereit ist, auf diesen Boden zu treten, hat er selbst noch nicht ausgesprochen. Dazu fehlt ihm wohl auch die ausreichende Grundlage. Von sich aus zu dem sogenannten Programm der Sozialdemokratischen Stellung zu nehmen, hätte der Kanzler solange keine Veranlassung, wie dieses Programm nicht in aller Form an ihn herangebracht wird (1), und zwar von einer fruchtbringenden parlamentarischen Mehrheit. Eine solche aber nötigenfalls zustande zu bringen, würde natürlich Aufgabe der Parteien sein, und es and inwiefern sie sich dazu bereit finden werden, läßt sich zur Stunde noch nicht übersehen.“ Nachdem das Volk noch verheißt hat, daß das Zentrum einer Aufnahme

Der eiserne Heiland

Oper in 3 Akten von Max Oberleitner, Text von Bruno Warden und J. M. Wellemsky. — Erstaufführung im Deutschen Opernhaus (Berlin).

Das Theater zog einen Treffer, die Kunst eine Niets. Wir waren Zeugen eines lauten, fast lärmenden Erfolges, der doch nur ein Scheinerfolg sein kann und sein wird. Eine glänzende Aufführung — ich denke dabei ebenso an die großartige musikalische Durchführung der Hauptrollen (Julius von Scheid, Rajalaba Solovain), wie an die spezifische Ausgestaltung, die namentlich im dritten Akt Bilder von starker Stimmungskraft brachte — hat einer (übrigens schon früher in Wien aufgeführten) Oper vom Gele gebohrt, deren Text hofflich roh und abstoßend ist und von falscher Theatralik frohgt und deren Musik wenig eigene Physiognomie zeigt.

Oberleitner, der dem italienischen Verismus näher steht als der Wagnertradition, ist zweifellos ein Künstler, er schreibt melodisch und gefällig und ist überall, was man einer besonders schönen mag, sehr leicht verführbar, aber er hat blutwenig zu sagen, und so klammert er sich an das unedle Pathos seiner Verlage, und das Ergebnis ist: Theater im reinen Sinne des Wortes. Besonders auffallend ist der mit der rein technischen Sicherheit Oberleitners sich kontrastierende Mangel an Charakterisierungsfähigkeit. Den im Mittelpunkt des Interesses stehenden Gegensatz deutsch zu russisch (der Schmied Andreas Reutterer hat eine Italienerin geheiratet, die ihrer Herkunft wegen seinen Verlogenem ein Kreuz ist) hat er nicht einmal angedeutet, geschweige denn dramatisch und musikalisch zum Ausdruck gebracht. Das was nun Abfall sein oder nicht — jedenfalls lag hier eine Aufgabe vor, die gar nicht überleben werden dürfte.

Die Kraftheit des dritten Aktes, in dem der Schmied auf einsamer Bergeshöhe sein Weib, die Waise, weil sie einen anderen liebte, an das Kreuz bindet, das den von ihm geflohenen eisernen Heiland tragen sollte (sie verendet alsobald am Kreuz), vom wahnwütig gewordenen Schmied auf den Knien angebetet, ist durch die Musik wohl ein wenig gemildert, aber doch auch nicht erträglich gemacht worden. Ein Effekt, der auf die Herzen geht und in seiner Gewalttätigkeit und häßlichen Schreckhaftigkeit über ins Verbotene als auf die Zuschauer, geht.

Die Wiederherstellung des Leipziger kirchenhistorischen Lehrstuhles. Prof. Dr. theol. et phil. Hans Hellis in Bonn hat einen Ruf an die Universität Leipzig als Nachfolger Albert Haucks erhalten und angenommen. Prof. Hellis ist 1865 zu Haffeld bei Bremen geboren. 1888 erwarb er in Marburg die philosophische Doktorwürde, unternahm 1890/91 als Stipendiat des Deutschen Archäologischen Instituts Reisen in Italien und Palästina, promovierte 1893 in Göttingen zum Dr. theol. und habilitierte sich ebenda für Kirchengeschichte und christliche Archäologie. Im Jahre 1897 erhielt Hellis das Prädikat Professor und städtische Hofkapellmeister 1901 als a. o. Professor für neuere Kirchengeschichte nach Königsberg i. Pr. über. Ostern 1907 übernahm er das Extraordinariat für Kirchen- und Dogmengeschichte, sowie für christliche Archäologie in Halle, als Nachfolger von Prof. G. Ficker, wurde 1914 zum Ordinarius befördert und folgte Michaelis 1916 einem Rufe nach

haben unsere dem G... Krieger... Hieron... Handel... No... Der v... reichlich... portman... nach Tr... verfenk... tember... Die... Ba... Nachrich... ganzen... durch... Deutsch... Vorpost... beland... e... d... e... bligen... Se... Jährlic... R a r... die Fron... tember 1... De... übe... Soj... Stabes... Gang der... sagte er... langen, er... gewisser... Jone war... in unwe... bildete... seindlich... Stolz rich... Bar u n... Stögen, in... für unsere... zu schaffen... Teilnahme... Wiberk... mindern... dem kün... gestellte... aber im... Operation... aber mit... miffen... Ha a... Tokio w... Kerfch... 3 r i... wärtig Ge... 511... Jabel... weil der a... auch sie b... teiligen, i... wenn sie... gänzung e... Der e... redete jeh... das und j... zu ärgern... auch heim... dem sie le... schön wä... heit und... unterging... Selbst... auch heim... Im R... Die P... fen, weil d... auf den T... das Ramin... im Heimb... er sah jeh... Augen des... daß die F... die Witter... dem inner... ihr eine F... Licht so r... tätig und... Denn... vor einem... macht ver... Jabel nich... wahr genu... Ron... gefellen.